

Antrag

der Abgeordneten Michael Müller (Düsseldorf), Harald B. Schäfer (Offenburg), Gerd Andres, Hans Gottfried Bernrath, Friedhelm Beucher, Lieselott Blunck, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Dr. Marliese Dobberthien, Dr. Konrad Elmer, Monika Ganseforth, Dr. Liesel Hartenstein, Dr. Ingomar Hauchler, Dr. Uwe Holtz, Susanne Kastner, Siegrun Klemmer, Walter Kolbow, Dr. Klaus Kübler, Brigitte Lange, Robert Leidinger, Klaus Lennartz, Ulrike Mehl, Jutta Müller (Völklingen), Horst Peter (Kassel), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dietmar Schütz, Wieland Sorge, Joachim Tappe, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Axel Wernitz, Verena Wohleben, Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD

Hilfe für die „Kinder von Tschernobyl“

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, zur wirksamen Hilfe für die von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl am 26. April 1986 betroffene Bevölkerung in Belorußland und in der Ukraine beizutragen. Dafür ist vor allem ein Hilfsprogramm mit folgenden Maßnahmen notwendig:
 - Ferientaufenthalte vor allem für die Kinder in unbelasteten Gebieten,
 - Verbesserung der medizinischen Hilfe,
 - Bereitstellung von gesunden Nahrungsmitteln, insbesondere von Kindernahrung.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit den zuständigen sowjetischen Stellen über die konkrete Ausgestaltung eines Hilfsprogramms zu verhandeln. Dazu gehören insbesondere Nahrungsmittellieferungen, die Bereitstellung von medizinischer Ausrüstung und Diagnoseinstrumenten einschließlich entsprechender Kleinbusse für Vor-Ort-Untersuchungen sowie Partnerschaften mit Krankenhäusern.
- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit privaten Trägern und sozialen Hilfsorganisationen die organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ab 1991 mindestens 5 000 kranke Kinder aus den verseuchten Gebieten in der Bundesrepublik Deutschland Urlaub machen können.

Bonn, den 27. Februar 1991

Michael Müller (Düsseldorf)
Harald B. Schäfer (Offenburg)
Gerd Andres
Hans Gottfried Bernrath
Friedhelm Beucher
Lieselott Blunck
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Ursula Burchardt
Marion Caspers-Merk
Dr. Marliese Dobberthien
Dr. Konrad Elmer
Monika Ganseforth
Dr. Liesel Hartenstein
Dr. Ingomar Hauchler
Dr. Uwe Holtz
Susanne Kastner
Siegrun Klemmer

Walter Kolbow
Dr. Klaus Kübler
Brigitte Lange
Robert Leidinger
Klaus Lennartz
Ulrike Mehl
Jutta Müller (Völklingen)
Horst Peter (Kassel)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Dietmar Schütz
Wieland Sorge
Joachim Tappe
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Dr. Axel Wernitz
Verena Wohlleben
Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion

Begründung

Die radioaktive Freisetzung nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 hat außer der unmittelbaren Umgebung vor allem große Teile von Belorußland hochgradig verseucht. Dort sind große Landstriche betroffen, in denen über zwei Millionen Menschen wohnen, darunter rd. 500 000 Kinder. Auch vier Jahre nach der Katastrophe leben sie noch in den strahlenverseuchten Gebieten. Nach Angaben des Obersten Sowjets der Republik Belorußland mußten rd. 50 000 Kinder mit ihren Familien aus den verseuchten Gebieten umgesiedelt werden.

Der Metropolit Filaret hat zusammen mit anderen Persönlichkeiten am 5. Juli 1990 in einem „Hilferuf aus Weißrußland“ die Weltöffentlichkeit alarmiert und um Unterstützung gebeten:

„Die Anzahl der chronischen Erkrankungen ist beängstigend angestiegen. Besonderen Anlaß zur Besorgnis gibt der Zuwachs an Schilddrüsenstörungen, Krebserkrankungen sowie einer Immunschwäche (Tschernobyl-AIDS genannt) unter den Kindern. Bei den Erwachsenen haben die Hypertonie-, Bronchitis- und Herzerkrankungen sowie Zuckerkrankheiten zugenommen. Die Kindersterblichkeit ist gestiegen. Die Zahl der Neugeborenen mit Mißbildungen steigt.“